

Abschlussbericht der AG SET

Sozial-ökologische Transformation im Grundsatzprogramm

Inhalt

Einleitung.....	2
Linke Transformationspolitik muss ökologische Klassenpolitik sein.....	2
Kein ökologisches Wirtschaften im Kapitalismus.....	3
1. Hin zur solidarischen und klimagerechten Lebensweise.....	5
Zur solidarischen Lebensweise.....	5
Die Widersprüche des Umbaus.....	6
Klimagerechtigkeit geht nur internationalistisch.....	7
2. Sozial-ökologischer Umbau der Produktion.....	8
Produktion innerhalb planetarer Grenzen.....	8
Von der Auto- zur Mobilitätsindustrie.....	9
Wirtschaft demokratisieren und Eigentumsverhältnisse verändern.....	10
3. Kriterien für Technologien für die Transformation.....	12
Umverteilung von Macht und Eigentum.....	12
Ökologische Grenzen respektieren.....	13
Klassenpolitik im digitalen Zeitalter.....	13
Vorsorgeprinzip an erster Stelle.....	14
4. Klimaanpassung.....	15
5. Strategische Überlegungen zur Umsetzung.....	16
Ausgangslage: ein Interregnum, in dem sich das Fenster zu schließen droht.....	16
Vier konkurrierende Hegemonieprojekte.....	17
Strategische Richtung für das Grundsatzprogramm.....	21
Gegenhegemonie konkret: Einstiegskonflikte, Akteure und Bündnisse.....	23
Abschluss: in die Offensive kommen.....	24
6. Hintergrund: Organisation der Debattenphase und Beteiligung der Mitglieder.....	25
Debattenblöcke – was wir diskutiert haben.....	25
Veranstaltungen und Beteiligung – wie wir diskutiert haben.....	26
Wie wir nach der Debattenphase weiterarbeiten wollen.....	28

Einleitung

Der Planet befindet sich in einer ökologischen Krise, die menschengemacht ist, die Lebensgrundlagen der Menschheit gefährdet und ganze Weltregionen unbewohnbar zu machen droht, mit verheerenden wirtschaftlichen, sozialen und politischen Folgen. Die größte mediale und gesellschaftliche Aufmerksamkeit dieser Krisen hat die beginnende Klimakatastrophe erhalten. Dürregebiete weiten sich aus, Extremwetterereignisse häufen sich, Klimazonen verschieben sich, Hitzewellen fordern tausende Tote, Menschen werden zur Migration gezwungen. Die Klimakrise ist nicht mehr nur eine drohende Gefahr in der Zukunft, sondern verschiebt sich auch in Europa ins alltägliche Erleben.

Um den Anstieg der Temperaturen auf der Erde zu begrenzen, muss der Verbrauch fossiler Energieträger radikal eingeschränkt werden. Auch wenn wir die 1,5-Grad-Grenze schon überschritten haben und die Klimakatastrophe nicht mehr aufzuhalten ist, so lohnt sich der Kampf um jedes Zehntel Grad. Für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen wird es einen grundsätzlichen Unterschied machen, ob wir auf einen 2-, 3-, 4- oder 6-Grad-Pfad kommen. Obwohl die Folgen schon jetzt weltweit – ungleich – spürbar sind, so ist es nicht zu spät zum Handeln. Die ökologische Krise hat jedoch mehr Dimensionen. Der Planet hat neun Belastungsgrenzen, deren Überschreitung drastische Folgen für Mensch und Natur hat. So droht etwa der Verlust von Artenvielfalt, die Ernährungssicherheit zu gefährden. Sieben Belastungsgrenzen sind bereits überschritten (Stand Juli 2026). Der Ressourcenverbrauch durch die Weltwirtschaft und auch durch die deutsche Wirtschaft liegen weit oberhalb dieser Grenzen.

Gleichzeitig führt der Kapitalismus in Deutschland (wie auch in den meisten anderen Ländern) zu dauerhaften sozialen Problemen für große Teile der Bevölkerung, die häufig selbst dann individuell als Krise erlebt werden, wenn sich der Kapitalismus an sich nicht in einer Krise befindet. Die Ausbeutung von Mensch und Natur durch den Menschen ist allen Spielarten des Kapitalismus gemein. Daraus leiten wir grundsätzlich unseren Kampf für einen demokratischen Sozialismus ab.

Die ökologische Krise verschärft die dauerhaften sozialen Probleme jedoch noch. Zum einen, da die unmittelbaren Folgen der ökologischen Krise wie Überhitzung, Extremwetterereignisse und Fluten vor allem die treffen, die sich nicht individuell oder gesellschaftlich mit viel Geld Schutz verschaffen können oder an weniger gefährdete Orte auf der Welt ausweichen können. Und zum anderen, weil die bisherige Politik der ökologischen Transformation durch die Regierungen Arbeitsplatzabbau, Deindustrialisierung und Teuerungen produziert und damit die Transformationskosten wesentlich bei den unteren und mittleren Einkommens- und Vermögensgruppen ablädt. Die politische Rechte nutzt die berechtigte Unzufriedenheit mit dieser Politik für ihre Mobilisierung und richtet sie grundsätzlich gegen Klimaschutzmaßnahmen (siehe Kapitel 5). Hier ist viel Vertrauen in die ökologische Transformation verloren gegangen.

Linke Transformationspolitik muss ökologische Klassenpolitik sein

Um den notwendigen Wandel unseres Lebens, Wirtschaftens und Arbeitens sozial zu gestalten, muss Die Linke die arbeitende Klasse ins Zentrum rücken, sich mit dieser organisieren und Gegenmacht aufbauen (siehe Kapitel 5). Nur durch eine offene demokratische Debatte, durch die Teilhabe aller an sozial gerechten Lösungen, die unseren Alltag verbessern – wie kostenlosen und ausgebauten ÖPNV, gemeinnützige Wohnformen, kommunale erneuerbare Energienetze – wird die Herausbildung neuer, mit der Umwelt verträglicher Lebensweisen und eines neuen Wohlstandstyps Akzeptanz finden können. Soziale Sicherheit, verlässliche und ausreichende Einkommens- und Berufsperspektiven, ein Mehr an Mitbestimmung und Selbstbestimmung in der Arbeit und der Gesellschaft sind die Basis für effektiven Klimaschutz und Wahrung der planetaren Grenzen, für ein Mehr an zwischenmenschlichen Beziehungen, Gesundheit, Bildung und Kultur. Eine glücklichere Gesellschaft, die weniger Ressourcen verschwendet, braucht mehr Gleichheit. Für uns ist es eine große Herausforderung, dass durch die unsoziale Transformationspolitik der aktuellen und vorhergehenden Regierungen nicht nur gesellschaftliche Akzeptanz, sondern auch viel Zeit verloren gegangen sind. Linke Transformationspolitik muss sich von dieser gescheiterten Politik daher klar erkennbar unterscheiden – nicht nur in Details, sondern grundsätzlich. Ökologie und soziale Gerechtigkeit gehen nur zusammen.

Kein ökologisches Wirtschaften im Kapitalismus

Die ökologische Krise ist nicht naturwüchsig. Sie ist das Produkt der Industrialisierung und kapitalistischen Wirtschaftsweise auf Basis fossiler Energien. Der wissenschaftlich-technische Fortschritt kann einen Beitrag zur Überwindung fossilen Wirtschaftens leisten, gerät im Kapitalismus jedoch häufig in Widerspruch zur Einhaltung planetarer Grenzen. Dazu kommt im Kapitalismus noch der ökonomische Wachstums- und Profitzwang. Im neoliberalen Kapitalismus verschärfen sich dessen ökologisch und sozial zerstörerische Logiken und Wirkungen, weil wirtschaftliche Entscheidungen auf immer kürzere Zeithorizonte orientieren und überzogenen Renditeerwartungen unterliegen. Gesellschaftliche Regulation wirkt nur unzureichend, zumal sie bei transnationalen Konzernen im nationalstaatlichen Rahmen nicht hinreichend ist. Zwar haben Teile des Kapitals begonnen, sich auf klimafreundliche Produktion und Geschäftsmodelle umzuorientieren. Andere mächtige Akteure verteidigen jedoch den fossilen Kapitalismus und ihre daran hängenden Profite (siehe Kapitel 5).

Infolge des Pariser Klimaschutzabkommens und unter dem Druck der globalen Klimabewegung haben verschiedene Regierungen weltweit Gesetze und Reformprojekte zum Klimaschutz auf den Weg gebracht. In Deutschland trieb die Klimabewegung und ein wegweisendes Urteil des Bundesverfassungsgerichts vergangene Regierungen dazu, Gesetze und Reformprojekte zum Klimaschutz auf den Weg zu bringen, die teilweise in die richtige Richtung wiesen – wie etwa der Ausbau der erneuerbaren Energien –, jedoch nicht konsequent und weitreichend genug waren, um Treibhausgasemissionen rasch zu reduzieren. Entscheidungen mit längerfristiger Perspektive, die die langen Zyklen der Natur berücksichtigen, stehen in tiefem Widerspruch zum kurzfristigen Profitkalkül des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus.

Der wissenschaftlich-technische Fortschritt steht hier unter dem Primat des privaten Profitinteresses und nicht des gesellschaftlichen Nutzens. Dieses Problem kann im Sozialismus

aufgelöst werden. Wenn die Steuerung von Wissenschaft und Technik demokratisch, planvoll und an den Bedürfnissen von Menschen und Natur orientiert ist, können Wissenschaft und Technik wesentliche Beiträge zur Überwindung der ökologischen Krise leisten. Der Widerspruch zwischen wissenschaftlich-technischem Fortschritt und planetaren Grenzen löst sich zwar auch im Sozialismus weder automatisch noch problemlos auf, aber es gibt überhaupt die Möglichkeit dazu. Auch welche Technik wie angewandt wird, kann und muss sich im Sozialismus ändern. (Vgl. Kapitel 3 zu Technologien)

Der Kampf für eine sozialistische Gesellschaft ist und bleibt der historische Auftrag der Linken. Allerdings erfordert dieser einen langen Atem und das erfolgreiche Erringen gesellschaftlicher Hegemonie. Die ökologische Krise stellt uns vor ein Dilemma: Sie lässt uns nicht die Zeit, erst den Kapitalismus zu überwinden und dann die Erderhitzung und den Verlust von Artenvielfalt und Lebensgrundlagen aufzuhalten, aber sie lässt sich auch im Kapitalismus nicht nachhaltig lösen. Wir müssen deshalb bereits heute konkrete Transformationsprojekte erkämpfen: Sie müssen schnelle Fortschritte beim Klimaschutz und bei der Reduzierung des Ressourcenverbrauchs bringen, gesellschaftlich mehrheitsfähig und sozial gerecht sein und bereits die Richtung zum Einstieg in den Ausstieg aus dem Kapitalismus zeigen. Gleichzeitig müssen diese einzelnen Kämpfe Teil des umfassenden Kampfs um die notwendige Überwindung des Kapitalismus sein.

Die Anforderungen an eine linke Politik des sozial-ökologischen Umbaus sind komplex und umfangreich. Im folgenden Abschlussbericht unserer Arbeitsgruppe zur sozial-ökologischen Transformation skizzieren wir – als Rückblick auf die Debattenphase – in sechs Kapiteln, auf welcher Grundlage wir empfehlen, das Grundsatzprogramm der Linken zu überarbeiten:

In Kapitel 1 entwickeln wir Grundlagen für die soziale Reproduktion und Konsumtion, die wir unter dem Begriff der Lebensweise fassen – für uns der Ausgangspunkt für eine ökosozialistische Gesellschaft.

In Kapitel 2 betrachten wir die Produktionssphäre der Ökonomie mit besonderem Fokus auf den Umbau der Industrie.

In Kapitel 3 entwickeln wir Kriterien für die Anforderungen an und die Rolle von Technologien in der Transformation.

Eine bisherige Leerstelle des Erfurter Programms – das Thema Klimaanpassung – wollen wir nach weiterer Diskussion in der Partei und mit der Zivilgesellschaft in Kapitel 4 zu einem späteren Zeitpunkt ergänzen.

In Kapitel 5 stellen wir strategische Überlegungen zur Umsetzung des sozial-ökologischen Umbaus an. Wir schlagen vor, dass die darin entwickelten Ansätze und Schlussfolgerungen Eingang in die neue Präambel und das Veränderungsnarrativ der Linken finden.

Kapitel 6 dokumentiert abschließend die von unserer AG strukturierte Debatte, die organisierten Veranstaltungen und Diskussionen mit der Mitgliedschaft der Partei, die die Grundlage für die in diesem Bericht entwickelten Gedanken und Vorschläge bilden.

1. Hin zur solidarischen und klimagerechten Lebensweise

Zur solidarischen Lebensweise

Unsere Vorstellung eines demokratischen Ökosozialismus ist internationalistisch, feministisch und anti-rassistisch. Dabei geht es um eine Politik, die Gemeinschaft fördert, von den Bedürfnissen der Menschen und dem gesellschaftlichen Bedarf ausgeht und die dafür nötigen Infrastrukturen bereitstellt. Wir schaffen die Bedingungen für eine solidarische und nachhaltige Lebensweise für alle statt die Veränderung von Lebensstilen auf Individuen abzuwälzen. Um ein soziales Zusammenleben und kooperative Beziehungen – auch international – praktisch werden zu lassen, bedarf es sowohl der materiellen Grundlagen als auch positiven Erfahrungen. Diese können z.B. Energiegenossenschaften, gemeinnützige und genossenschaftliche Wohnformen, bezahlbare Mobilität und permanente An- und Mitsprache bei Investitionen im öffentlichen Raum sein. Ziel ist ein gutes Leben für alle – hier und weltweit. Diese Vision haben wir weiterhin vor Augen, auch oder gerade angesichts der Lage der Welt und der sich entwickelnden Klimakatastrophe.

Ein gutes Leben bedeutet, dass alle Menschen ihre existenziellen Bedürfnisse ressourcenschonend erfüllen können, statt permanente Preissteigerungen bei Mieten, Lebensmitteln, Strom oder dem ÖPNV hinnehmen zu müssen. Dabei geht es neben der Sicherung von sinnlich-vitalen Grundbedürfnissen, wie Nahrung, Schutz vor Kälte und Hitze, Gesundheit und Erholung, darum, demokratisch zu entscheiden: wie können wir die gesellschaftlichen Lebensgrundlagen heute so verändern, dass sie allen auch morgen noch zur Verfügung stehen; und wie können wir die produktiven Bedürfnisse nach Teilhabe, Kontrolle und Mitbestimmung für alle über die eigenen Lebens- und Arbeitsbedingungen sichern. Zur gesellschaftlichen Teilhabe und Mitbestimmung gehören gute Ausbildungsmöglichkeiten, demokratische Mitbestimmung in Betrieben und bei der Gestaltung öffentlicher Infrastrukturen sowie die Sicherung barrierefreier Zugänge zu Information, Kommunikation und Mobilität. Nur wenn diese auch garantiert und erfüllbar sind, werden wir schrittweise in die Lage versetzt, füreinander zu sorgen, Verantwortung für uns und die öffentlichen Angelegenheiten zu übernehmen und in Würde zu leben, ohne dabei weiter die natürlichen Lebensgrundlagen aller zu zerstören. Sorgearbeit wird nicht als private Aufgabe Einzelner verstanden, sondern als gemeinsame Verantwortung der Gesellschaft.

Eine solidarische Lebensweise, welche die gleichzeitige Ausbeutung von Mensch und Natur weltweit, insbesondere im globalen Süden, hinter sich lässt, ist eng verknüpft mit der Überwindung der kapitalistischen, profitorientierten Produktionsweise. Doch Lebensweisen sind auch durch kulturelle Faktoren, Beziehungsverhältnisse sowie Konsumptionsstrukturen bestimmt. Wollen wir eine solidarische Gesellschaft, so müssen wir nicht nur die Produktions- und dadurch die Klassenverhältnisse ändern, sondern gleichzeitig auch unsere Lebens- und Beziehungsweisen besser organisieren.

Im Zentrum einer ökosozialistischen Gesellschaft steht, dass wir die Lebensverhältnisse der Menschen innerhalb dessen verbessern, was die Erde langfristig bereitstellen kann. Das Minimum unseres Wirtschaftens wird durch die menschliche Bedürfnisbefriedigung weltweit

bestimmt, das Maximum durch die planetaren Grenzen. Soziale Innovationen oder Fortschritte in Wissenschaft, Technik, Produktionsmitteln und -weisen können dabei Mittel sein, ein Mehr an materiellen Wohlstand im Rahmen der begrenzten planetaren Ressourcen zu ermöglichen. Die Produktion orientiert sich an den Bedürfnissen, nicht am Markt.

Statt Reichtum für Wenige und Armut für die Vielen befreien wir uns von unseren Ketten: Wir verändern unser Verständnis von Wohlstand und verteilen um. Wir lehnen autoritäre Konzepte der herrschenden Klasse wie „Verzicht“ und „Sparen“ ab, stattdessen betonen wir, was wir gemeinsam gewinnen – öffentlichen statt privaten Luxus: Zukunft, Gemeinschaft, lebenswerte Städte und Dörfer mit sauberer Luft und Wasser, Schutz vor Hitze und Kälte, Befreiung von Konsumzwang und Selbstoptimierung, mehr Sicherheit, Gesundheit, Zeit und Ruhe statt Dauerstress und Lärm. Wir wollen eine Gesellschaft, in der wir mitbestimmen können: Wie verteilen wir begrenzten Raum und Ressourcen? Private Pools oder öffentliche Schwimmbäder? Ein weiterer Shopping-Tempel, mehr Bürotürme oder öffentliche Parks, Spiel- und Sportplätze? Bewegen wir uns auf unseren Straßen primär mit dem eigenen Auto oder vielmehr mit Bus, Bahn, Rad, Roller und zu Fuß? Wir unterstützen Arbeitszeitverkürzung sowie die Umverteilung von Arbeit, Zeit und Einkommen. So schaffen wir auch die Voraussetzungen für eine feministische Gesellschaft, in der unter anderem Sorgearbeit gerecht verteilt werden kann.

Die Widersprüche des Umbaus

Unsere Erzählung für eine ökosozialistische Gesellschaft ist eine Positive, auch wenn sich die Klimakatastrophe weiter zuspitzt und Transformationsschritte immer umkämpfter sein werden (vgl. Kapitel 5). Die Schwierigkeit, zu einer solidarischen Lebensweise zu kommen, lässt sich nur im Kontext der Verwebung kapitalistischer Produktionsverhältnisse und materieller Konsumkultur verstehen. Es bestehen hier mehrere große Widersprüche bzw. Dilemmata.

Zunächst: Selbst in einer sehr reichen Gesellschaft wie Deutschland kämpfen die Armen weiterhin um ein würdiges Leben. Eine allgemeine Überwindung der materiellen Konsumkultur darf für sie also keinesfalls zu einer Absenkung des Lebensstandards führen, sondern muss eine klare Verbesserung bedeuten. Denn der schädlichste Überkonsum liegt bei den Überreichen und ihren Luxusvillen, Privatjets und extravaganen Lebensstilen. Hier bedarf es klarer Umverteilung.

Dennoch: Der Ressourcenverbrauch, die Verschmutzungen und die Emissionen Deutschlands und damit auch des Durchschnitts der Bürger*innen überschreiten ein nachhaltiges Maß. Wir müssen diese kollektiv und durch strukturelle Änderungen in Produktion und Lebensweise senken, um unseren Beitrag zu einem Erhalt unserer Lebensbedingungen zu leisten.

Gleichzeitig ist ein zentrales Problem, dass in Deutschland und anderswo Privatpersonen bzw. – haushalte nur begrenzt entscheiden können, wie umweltfreundlich sie leben. Sie haben sehr beschränkten Einfluss, wie beispielsweise Strom, Wärme, Mobilität, Bauen und Infrastruktur organisiert wird – diese sind geformt und abhängig vom fossilen Kapital. Im Sozialismus müssen diese also sozial, ökologisch und demokratisch umorganisiert werden.

Daneben gibt es Bereiche, in denen individuelle Konsumententscheidungen möglich sind, z.B. bei Freizeit, Elektronik, Kleidung und Ernährung. Doch auch diese sind gesellschaftlich geformt und Abweichungen vom Mainstream bedeuten zusätzliche Energie, Geld und Aufwand, die viele arbeitende Menschen in einer von Ungerechtigkeit und Zukunftsängsten geprägten Gesellschaft nicht aufbringen können. Ziel ist daher eine klimagerechte Lebensweise, ohne daraus individuelle Lebensstil- und Konsumfragen zu machen. In einem solidarischen Gesellschaftssystem werden unsere Gebrauchsgegenstände z.B. fair und ökologisch produziert sein und Teil einer Kreislaufwirtschaft, mit Recht auf Reparatur statt geplanter Kurzlebigkeit (Obsoleszenz).

Darüber hinaus ist der sozial-ökologische Umbau schwierig, weil jede tiefgreifende Veränderung Verlustgefahren birgt und daher auch Ängste auslöst. Mehr dazu in Kapitel 5 „Strategische Überlegungen zur Umsetzung“.

Wir wissen auch: Menschen müssen in kapitalistischen Gesellschaften weltweit ihre Arbeitskraft verkaufen, um zu überleben. Doch in entfremdeten Tätigkeiten schwinden persönliche Freiheit, Sinn und Beziehungen. In kapitalistischen Gesellschaften wird versucht, dies zu kompensieren, z.B. durch Medien sowie Konsum, der erst durch Werbung erzeugt wird und materielle und immaterielle Bedürfnisse nur vermeintlich befriedigt. Menschen werden mit immer mehr Dingen nicht unbedingt glücklicher, gesünder oder älter. Für das Wohlbefinden von Menschen ist es essentiell, ob sich ihr Leben für sie gerecht anfühlt. In gleichen Gesellschaften mit weniger negativem Vergleich ist die Mehrheit der Menschen glücklicher und diese sind stabiler. Der Wandel zum Ökosozialismus muss mit der Errichtung solidarischer Strukturen verknüpft sein – sei es in der Nachbarschaft, im Betrieb, bei Bildung und Erziehung oder in der Rente – in denen Menschen Gemeinschaft, Unterstützung und Sinn erfahren.

Klimagerechtigkeit geht nur internationalistisch

Unser Ziel ist eine massive Umverteilung mit einer radikalen Begrenzung des Überkonsums am oberen Ende, um ein gutes und klimagerechtes Leben weltweit zu ermöglichen. Wir fördern eine Lebensweise am richtigen Maß durch suffiziente Politiken: Es gibt genug für Alle – statt zu viel für Wenige und zu wenig für die Vielen. Hierbei ist es essentiell, unsere Politik international solidarisch zu gestalten. Dies bedeutet, dass der Ressourcenverbrauch und die Emissionen Deutschlands so reduziert werden müssen, dass anderen Gesellschaften genügend zur Verfügung steht. Es bedarf internationaler Ausgleichsmechanismen, verbindliche Zusammenarbeit und Technologietransfer, um Klimagerechtigkeit global zu ermöglichen.

Des Weiteren müssen integraler Bestandteil einer sozial-ökologischen Politik auch gerecht gestaltete Klimaanpassungskonzepte sein.¹ Die Klimakatastrophe ist heute schon da, schlimmste Szenarien der Klimaforschung bewahrheiten sich und gleichzeitig ist es unmöglich, die konkreten Auswirkungen weltweit genau vorauszusagen. Dafür müssen wir uns vorbereiten.

¹Die AG SET wird sich dem Thema Klimaanpassung im 4. Quartal 2026 widmen.

2. Sozial-ökologischer Umbau der Produktion

Der sozial-ökologische Umbau stößt auf erhebliche politische, ökonomische und soziale Widerstände. Hohe Investitionsbedarfe, Unsicherheiten über Beschäftigung und industrielle Wertschöpfung sowie die ungleiche Verteilung von Lasten und Chancen erschweren seine Durchsetzung. Mächtige Kapitalinteressen verteidigen bestehende fossile Geschäftsmodelle oder bremsen notwendige Veränderungen aus. Wo Transformation vor allem als Bedrohung von Arbeitsplätzen, Einkommen und Sicherheit wahrgenommen wird, wachsen Verunsicherung und gesellschaftliche Spannungen. Davon profitieren politische Kräfte, die den menschengemachten Klimawandel leugnen oder den Eindruck erwecken, ein „Weiter so“ sei möglich.

Dem müssen wir eine überzeugende Perspektive entgegensetzen. Gute Arbeit, soziale Sicherheit, demokratische Mitbestimmung und Klimaschutz sind keine Gegensätze, sondern gleichrangige und voneinander abhängige Ziele. Der sozial-ökologische Umbau darf nicht über die Köpfe der Beschäftigten hinweg erfolgen, sondern muss von ihnen gestaltet werden.

Produktion innerhalb planetarer Grenzen

Die heute dominierende Produktionsweise beruht darauf, soziale und ökologische Kosten systematisch auszulagern – räumlich in den Globalen Süden und zeitlich auf kommende Generationen. Eine sozial-ökologische Transformation ist deshalb nicht nur dringend notwendig, sondern alternativlos.

Dabei geht es um weit mehr als die Senkung von Emissionen. Produktion muss grundsätzlich am gesellschaftlichen Bedarf und an den planetaren Grenzen ausgerichtet werden, statt an kurzfristigen Renditeinteressen. Ziel ist eine Wirtschaftsweise, die Ressourcenverbrauch reduziert, Ausbeutung beendet, Stoffkreisläufe schließt und Überproduktion zurückdrängt.

Industrie bleibt dafür unverzichtbar. Sie schafft tariflich abgesicherte Beschäftigung, ermöglicht Innovationen und produziert die Güter, die für die Transformation selbst benötigt werden: klimafreundliche Grundstoffe, Netze, Speicher, Wind- und Solartechnik sowie öffentliche Verkehrssysteme. Unser Ziel ist daher nicht Deindustrialisierung, sondern der Erhalt und Umbau der Industrie auf sozialer, ökologischer und demokratischer Grundlage.

Ein zentraler Pfeiler ist die Dekarbonisierung der industriellen Produktion. Stahl- und Chemieindustrie müssen zügig auf klimafreundliche Verfahren umgestellt werden. Die Automobilindustrie muss sich von einer einseitigen Orientierung auf den privaten PKW lösen und Teil einer umfassenden Mobilitätswende werden. Gleichzeitig braucht es den massiven Ausbau erneuerbarer Energien sowie der dafür erforderlichen industriellen Produktionskapazitäten.

Sozial-ökologischer Umbau bedeutet jedoch mehr als Klimaneutralität. Wir wollen eine Produktionsweise, die auf Langlebigkeit, Reparierbarkeit und Qualität statt auf Verschleiß, Wegwerfprodukte und immer kürzere Produktzyklen setzt. Dazu gehört Reparatur, die Förderung der Kreislaufwirtschaft sowie die Wiederverwendung wertvoller Rohstoffe. Regionale Wertschöpfung und Wirtschaftskreisläufe wollen wir stärken, um Transportemissionen zu reduzieren, Lieferketten robuster zu machen und wirtschaftliche Abhängigkeiten zu verringern.

Das deutsche Exportmodell kann aus ökologischen und ökonomischen Gründen nicht unverändert fortgeführt werden. Eine stärkere Orientierung auf heimische und europäische Märkte kann dazu beitragen, die Krisenanfälligkeit der Wirtschaft zu vermindern und regionale Entwicklung zu stärken.

Gleichzeitig ist die sozial-ökologische Transformation eine globale Aufgabe. Eine gerechte Weltwirtschaftsordnung muss Menschenrechte achten, Wissen und Technologien teilen und sozial-ökologischen Kriterien unterliegen. Die Interessen der vom Rohstoffabbau, von Umweltzerstörung und den Folgen des Klimawandels betroffenen Menschen im Globalen Süden sind dabei ebenso zu berücksichtigen wie die Interessen der Beschäftigten, die hierzulande von Umstrukturierungen betroffen sind. Wenn Ressourcen knapper werden, müssen ihre Nutzung und Verteilung solidarisch und demokratisch organisiert werden. Technologie- und Wissenstransfer können dazu beitragen, dass Länder des Globalen Südens nicht denselben fossilen Entwicklungspfad einschlagen müssen wie die heutigen Industriestaaten.

Von der Auto- zur Mobilitätsindustrie

Der Umbau der Automobilindustrie zu einer nachhaltigen Mobilitätsindustrie ist ein Schlüsselprojekt der sozial-ökologischen Transformation. Aufgrund ihrer Bedeutung für Beschäftigung, Wertschöpfung und industrielle Entwicklung entscheidet sich hier exemplarisch, ob ökologische Nachhaltigkeit, gesellschaftliche Akzeptanz, wirtschaftliche Substanz und gute Arbeit miteinander verbunden werden können.

Dabei genügt es nicht, den Verbrennungsmotor durch andere Antriebe zu ersetzen. Städte und Ballungsräume leiden unter Flächenverbrauch, Verkehrsbelastung und Emissionen. Deshalb brauchen wir eine umfassende Mobilitätswende mit attraktiven Angeboten für den Fuß- und Radverkehr, mit leistungsfähigem öffentlichen Nah- und Fernverkehr, einer sozialen Mobilitätsgarantie, sowie einer deutlichen Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene. Wo individueller Verkehr unverzichtbar bleibt, sollen emissionsfreie Antriebe zum Einsatz kommen.

Wir wollen den Umbau von Automobil- zu Mobilitätsregionen und die Weiterentwicklung der Automobil- zu einer Mobilitätsindustrie fördern. Neben Pkw können dort künftig verstärkt Bahntechnik, Straßenbahnen, Busse, digitale Verkehrsinfrastruktur und weitere Komponenten nachhaltiger Mobilität produziert werden.

Voraussetzung dafür ist soziale Sicherheit. Beschäftigte müssen darauf vertrauen können, dass der ökologische Umbau nicht in Erwerbslosigkeit mündet. Deshalb setzen wir auf Beschäftigungsgarantien, Qualifizierung und Weiterbildung, tarifliche Absicherung, Ausbildung und Übernahme sowie Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich. Gute Arbeit und soziale Sicherheit sind die Grundlage dafür, dass Beschäftigte den Wandel mittragen und aktiv gestalten.

Rüstungsproduktion ist für uns keine Antwort auf den Strukturwandel der Automobilindustrie. Wir stehen stattdessen für den Ausbau gesellschaftlich sinnvoller ziviler Produktion und die Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsplätze im Rahmen einer sozial-ökologischen Industriepolitik.

Der Umbau der Automobilindustrie ist dabei nicht nur eine wirtschaftliche Herausforderung. Er erfordert Rahmenbedingungen, die es Menschen ermöglichen, ihr Mobilitätsverhalten zu verändern und klimafreundliche Alternativen tatsächlich zu nutzen.

Der Wandel von Lebensweisen und Mobilitätsmustern stößt dabei teilweise auf Widerstände und wird von rechten Akteuren zunehmend zum Gegenstand eines Kulturkampfes gemacht. Diesem dürfen wir nicht ausweichen. Wer den sozial-ökologischen Umbau durchsetzen will, muss auch um gesellschaftliche Mehrheiten kämpfen (siehe ausführlich Kapitel 5).

Wirtschaft demokratisieren und Eigentumsverhältnisse verändern

Die ökologische Krise und die wiederkehrenden Krisen des Kapitalismus machen deutlich, dass zentrale wirtschaftliche Entscheidungen nicht länger privaten Profitinteressen überlassen werden dürfen.

Die Rätebewegung kämpfte für eine umfassende Selbstbestimmung der arbeitenden Klasse über ihre Arbeit und die Betriebe. Mit dem Betriebsrätegesetz wurde dieser Anspruch auf begrenzte Mitbestimmung in einzelnen betrieblichen Fragen zurückgedrängt. Auch das heutige Betriebsverfassungsgesetz überwindet den grundlegenden Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital nicht und erlaubt bei vielen wichtigen Fragen keine Mitbestimmung.

Dennoch sind Betriebsräte und ihre Rechte unverzichtbare Instrumente zur Durchsetzung der Interessen der Beschäftigten. Wir wollen diese Rechte verteidigen, wirksam nutzen und deutlich ausweiten. Dabei muss Mitbestimmung auf verschiedenen Ebenen gedacht und die bestehenden Mitbestimmungsrechte aller Interessensvertretungen wirksam ausgebaut werden. Die betriebliche Mitbestimmung muss u. a. um ein zwingendes Mitbestimmungsrecht bei allen Maßnahmen, die der Sicherung und Förderung der Beschäftigung dienen, erweitert werden. Dazu gehören Personalplanung, Produktions-, Investitions- und Standortentscheidungen. Betriebsräte müssen bei Maßnahmen mit erheblichen Klima- und Umweltwirkungen sowie bei geplanter Produktion von Rüstungsgütern ein Veto-Recht bekommen.

Betriebsversammlungen sollen als Orte demokratischer Willensbildung gestärkt werden. Organisation in Gewerkschaften bleibt dabei eine zentrale Voraussetzung für Gegenmacht, Solidarität und gesellschaftliche Veränderung. Auch die Unternehmensmitbestimmung muss mindestens paritätisch ausgestaltet und zugunsten der Beschäftigten weiterentwickelt werden. Die Entwicklung von Wirtschaft und Industrie darf nicht den Eigentümerinteressen großer Unternehmen überlassen bleiben, sondern muss auf kommunaler, regionaler, nationaler, europäischer und internationaler Ebene demokratisch gestaltet werden.

Die privatwirtschaftliche und profitorientierte Organisation zentraler Wirtschaftsbereiche erweist sich immer wieder als Hemmnis für den sozial-ökologischen Umbau. Profitinteressen fördern kurzfristige Renditeerwartungen, während gesellschaftlich notwendige Investitionen unterbleiben. Öffentliche Unternehmen, kommunale Betriebe, Genossenschaften und andere kollektive Eigentumsformen bieten bessere Voraussetzungen für langfristige Planung, demokratische Kontrolle und gesellschaftliche Verantwortung.

Die Eigentumsfrage ist deshalb kein Nebenaspekt, sondern eine zentrale Voraussetzung erfolgreicher Transformation. Dort, wo private Eigentümer notwendige Veränderungen blockieren oder gesellschaftlich erforderliche Produktion verhindern, streben wir die demokra-

tische Vergesellschaftung strukturbestimmender Großunternehmen, zentraler Infrastrukturen und Schlüsselindustrien an. Diese sollen in einem ersten Schritt in öffentliche, kommunale, genossenschaftliche, belegschaftsgetragene oder andere kollektive Eigentumsformen überführt und demokratisch kontrolliert werden.

Demokratische Vergesellschaftung bedeutet dabei weit mehr als einen Eigentümerwechsel von privat zu Staat. Beschäftigte und Gesellschaft müssen verbindlich über Investitionen, Produktionsziele und Unternehmensstrategien entscheiden können. Wo die Gesellschaft Investitionen finanziert, Risiken übernimmt oder Unternehmen stabilisiert, muss sie auch dauerhaft Einfluss auf Eigentum, Investitionen und die strategische Ausrichtung der Unternehmen erhalten.

Öffentliche Förderung ist grundsätzlich an Tarifbindung, Mitbestimmung, Beschäftigungssicherung sowie verbindliche Klima- und Umweltziele zu knüpfen. Über einen Strukturfonds sollen insbesondere genossenschaftliche, belegschaftseigene und öffentliche Unternehmen gefördert werden.

Die grundlegenden Entscheidungen darüber, was, wie und wofür produziert wird, dürfen nicht länger von Profitinteressen bestimmt werden. Sie müssen demokratisch gestaltet und am gesellschaftlichen Bedarf sowie an den planetaren Grenzen ausgerichtet werden. So schaffen wir die Voraussetzungen für eine Wirtschaftsordnung, die ökologische Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit und demokratische Kontrolle miteinander verbindet.

3. Kriterien für Technologien für die Transformation

Die herrschende Bearbeitung der Klimakrise und die zunehmende digitale Konzentration von Macht durch Tech-Oligarchen zeigen, dass „grüne“ oder „innovative“ Technologien im Kapitalismus vor allem der Steigerung von Profiten und Kontrolle dienen und nicht automatisch zu mehr sozialökologischer Gerechtigkeit führen. Technologieentwicklung und -einsatz waren und sind Ausdruck der kapitalistischen Entwicklung der Produktivkräfte: Sie sind keine neutralen Prozesse, sondern immer mit Klassen, Macht, Eigentums- und Gerechtigkeitsfragen verschränkt.

Die Linke orientiert ihre Technologiepolitik deshalb an dem Ziel, die kapitalistische Verwertungslogik zu überwinden, ökologische Grenzen zu respektieren, gesellschaftliche Ungleichheiten abzubauen und demokratische Selbstbestimmung sowie solidarische Lebensweisen zu stärken. Dafür richtet sie ihre Technologiepolitik an folgenden Kriterien aus:

Umverteilung von Macht und Eigentum

Technologien sollen entlang von Klassen-, Geschlechter- und globalen Gerechtigkeitskriterien bewertet und gestaltet werden. Dafür sind Eigentumsfragen, aber auch Forschungs- und Entwicklungsstrategien maßgebend. Commons (Gemeingüter) sind ein zentrales Element für einen demokratischen Ökosozialismus: In dem wir Gemeingüter stärken, freie Wissensräume schaffen, Open Source, Open Access, Open Data, offene Schnittstellen und Lizenzen wie Creative Commons ausbauen, schaffen wir eine gesellschaftliche Gegenstrategie zur kapitalistischen Kommerzialisierung und Verwertungslogik. „Public Money = Public Code“ muss dabei zum Grundsatz öffentlicher Förderung werden. Vergemeinschaftete und öffentliche Eigentumsformen – etwa öffentliche Universitäten und Forschungsinstitute, Genossenschaften, kollektive Betriebe und staatliche Unternehmen – sollen je nach Fall gestärkt und die Profitorientierung sowie die Macht von Konzernen und Oligopolen, auch bei „grünen“ Technologien, gebrochen werden. Kritische Infrastrukturen wie Energie-, Wärme- und Datennetze gehören in öffentliche oder gemeinwirtschaftliche Hand, um demokratische Kontrolle über eingesetzte Technologien zu gewährleisten und ihre kollektive Nutzung als soziale Infrastruktur zu fördern. Zur sozialen Infrastruktur der digitalen Gesellschaft gehören deshalb auch gemeinwohlorientierte soziale Netze, Suchmaschinen, Messenger, Büro und Kollaborationsanwendungen sowie sichere digitale Alltagsanwendungen, die offen, interoperabel, werbefrei, datensparsam und nutzerkontrolliert organisiert sind.

Die Linke entwickelt politische Instrumente, um private Aneignung, Monopolisierung und patentgetriebene Ausschlüsse zu begrenzen. Entscheidend ist, wer über Technologien, ihre Entwicklung und ihren Einsatz verfügt und wem die daraus entstehenden gesellschaftlichen Vorteile zugutekommen. Forschung und Entwicklung sollen stärker durch die öffentliche Hand, im öffentlichen Interesse und an friedenspolitischen Leitlinien ausgerichtet vorangetrieben werden.

Der Einsatz von Technologien, auch im Rahmen der sozial-ökologischen Transformation, darf weder ausbeuterische Verhältnisse in globalen Produktions- und Lieferketten sowie bei der Ressourcenextraktion reproduzieren noch neue Formen digitaler, ökologischer oder politischer Ungleichheit schaffen.

Ökologische Grenzen respektieren

Technologien sollen danach bewertet werden, welchen Beitrag sie zum sozial-ökologischen Umbau leisten und welche Auswirkungen und Risiken mit ihrer Entwicklung und ihrem Einsatz einhergehen.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Einsatz bestimmter Technologien der Energiewende (erneuerbare Energien, Stromnetze oder Batterien) aufgrund der Elektrifizierung zunächst mit einem höheren Bedarf an bestimmten Rohstoffen und Infrastrukturen verbunden sein kann. Entscheidend ist daher nicht, dass der Einsatz jeder einzelnen Technologie den Ressourcen- und Energieverbrauch unmittelbar senkt, sondern dass die technologische Entwicklung insgesamt dazu beiträgt, den Ressourcen- und Energieverbrauch dauerhaft zu reduzieren, den stofflichen Durchsatz der Volkswirtschaft zu begrenzen und Treibhausgasemissionen tatsächlich zu senken und dabei einen guten Lebensstandard für alle zu ermöglichen. Maßgebend dafür ist auch, gesellschaftliche Bedürfnisse stärker kollektiv statt durch individualisierte Formen der Daseinsvorsorge zu befriedigen, etwa wie oben diskutiert durch öffentliche Mobilität.

Gerade bei Technologien der Energiewende ist zudem entscheidend, dass ökologische Belastungen nicht lediglich verlagert werden, etwa durch Carbon Leakage oder indem Umweltzerstörung, Ressourcenextraktion und Gesundheitsrisiken in andere Regionen oder Länder verschoben werden. Technologische Lösungen müssen daher nach ihrer tatsächlichen ökologischen Gesamtbilanz und über ihren gesamten Lebenszyklus hinweg bewertet werden. Gerade bei digitalen Technologien und KI müssen dafür auch Energie- und Rohstoffbedarf sowie Wasser- und Flächenverbrauch der Infrastrukturen selbst in den Blick genommen werden. Resiliente technische Infrastruktur muss dezentraler, ressourcensparsam, reparierbar und mit möglichst 100 Prozent erneuerbaren Energien betrieben werden; Netze und Recheninfrastrukturen sind am Gemeinwohl statt an Monopolmacht und Gigantismus auszurichten.

Klassenpolitik im digitalen Zeitalter

Linke Technologiepolitik dient nicht der Profitmaximierung, sondern der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse, der Verbesserung der Lebensqualität und der Erweiterung von Freiheits- und Teilhaberechten. Technologische und infrastrukturelle Entscheidungen müssen sich deshalb auch daran messen lassen, ob sie konkrete Verbesserungen im Alltag und in der Arbeitswelt der Menschen bewirken, etwa durch bezahlbare Energie und kollektive Mobilität, bessere Luftqualität, weniger Lärm und Arbeitsverdichtung sowie den Ausbau einer verlässlichen öffentlichen Daseinsvorsorge.

Der sozial-ökologische Umbau darf weder zu einer allgemeinen Verschlechterung des Lebensstandards noch zu massiver Deindustrialisierung, Arbeitsplatzverlusten oder einer Verlagerung von Beschäftigung in schlechter bezahlte und prekäre Bereiche führen. Technologischer Wandel muss vielmehr mit der Sicherung guter, tarifgebundener Arbeitsplätze, Qualifizierung, Arbeitszeitverkürzung sowie einer Stärkung gewerkschaftlicher Organisation und betrieblicher Mitbestimmung verbunden werden. Beschäftigte und ihre Gewerkschaften müssen frühzeitig und verbindlich an Entscheidungen über die Einführung und Gestaltung neuer Technologien und die Veränderung von Arbeitsprozessen beteiligt werden. Dies gilt insbesondere für den Einsatz von KI in der Arbeitswelt. Es darf nicht zur Arbeitsverdichtung,

zur umfassenden Überwachung und Kontrolle von Beschäftigten oder zur Aushöhlung beruflicher Qualifikationen führen. Vielmehr muss gesellschaftlich und demokratisch ausgehandelt werden, in welchen Bereichen Automatisierung sinnvoll ist und wo menschliche Arbeit und Beziehung unersetzbar bleiben.

Dazu gehört auch, dass Menschen ein Recht auf Privatsphäre und ein Recht auf analoges Leben behalten. Öffentliche und wesentliche Dienstleistungen müssen mindestens auch analog zugänglich bleiben; es darf keinen Digital- oder KI-Zwang geben. Digitale Technologien dürfen weder durch staatliche noch durch privatwirtschaftliche Überwachung Freiheitsrechte aushöhlen. Transparenz, wirksame Aufsicht, Löschrechte, Schutz vor digitaler Gewalt sowie starker digitaler Verbraucherschutz sind deshalb unverzichtbar.

Vorsorgeprinzip an erster Stelle

Die Linke steht für eine klare Risiko- und Sicherheitsorientierung aus ökosozialistischer Perspektive: Hochrisikotechnologien wie Atomkraft und bestimmte Formen des Geoengineering werden abgelehnt, weil sie zentrale Abhängigkeiten, autoritäre Machtkonzentration und irreversible ökologische Schäden erzeugen (können). Auch für KI braucht es klare Grenzen. KI darf nicht u. a. für biometrische Massenüberwachung, manipulative oder diskriminierende Entscheidungssysteme, predictive policing, automatisierte Entscheidungen über existenzielle Rechte und soziale Leistungen oder zur Entmündigung von Beschäftigten und Bürger*innen eingesetzt werden. Statt auf intransparente, datenraubende und ressourcenintensive Systeme zu setzen, sind offene, nachvollziehbare, zweckgebundene und demokratisch kontrollierte Anwendungen zu fördern. Technologien müssen so gestaltet sein, dass Fehlfunktionen nicht zu irreversiblen Schäden führen, Sicherheitsstrukturen dezentral, transparent und öffentlich kontrolliert organisiert sind und demokratisch kontrollierte Notfall- und Abschaltmöglichkeiten bestehen.

Die Linke strebt eine Technologiepolitik an, die kollektive Kontrolle und gemeinschaftliche Nutzung stärkt und damit die Richtung der Produktivkraftentwicklung verändert.

Wir schlagen als Arbeitsgruppe vor das Thema KI und Digitaler Kapitalismus in der Programmdebatte noch vertiefend zu diskutieren, da die aktuellen Entwicklungen große Auswirkungen auf Produktions-, Arbeits- und Lebensweisen der Zukunft haben werden und Schnittstellen zu mehreren Themenfeldern bestehen. Denn KI ist wie jede Technologie nicht neutral: Unter kapitalistischen Verhältnissen droht ihre Entwicklung vor allem die Macht und Profite derjenigen zu stärken, die über Kapital, Daten und digitale Infrastruktur verfügen, während Beschäftigte und Gesellschaft zunehmend mit Kontrolle, Abhängigkeit und der Verdrängung von Arbeit konfrontiert werden.

4. Klimaanpassung

Das Kapitel wird bis Dezember 2026 nachgeliefert nach einem Fachworkshop mit der Zivilgesellschaft und Diskussion in der Partei.

5. Strategische Überlegungen zur Umsetzung

Ausgangslage: ein Interregnum, in dem sich das Fenster zu schließen droht

Wer strategisch über die nächsten zehn bis fünfzehn Jahre nachdenkt – die Geltungsdauer eines neuen Grundsatzprogramms –, muss ehrlich benennen, dass sich die Kräfteverhältnisse gegen uns verschoben haben. Das Zeitfenster der 2010er Jahre, in dem ein breiter gesellschaftlicher Konsens für Klimaschutz existierte, hat sich weitgehend geschlossen. Das alte fossile Akkumulationsregime ist ökologisch delegitimiert und ökonomisch angeschlagen, ein neues, tragfähiges Regime aber noch nicht durchgesetzt. In dieser Übergangssituation ist vieles offen und zugleich gefährlich: Mit Gramsci gesprochen ist dies eine Zeit, in der die „Monster“ erscheinen. In unserer Gegenwart zeigt sich dies im autoritär-fossilen Backlash und in einem dynamischen Prozess der Faschisierung.

Die ökologische Krise ist dabei Teil einer umfassenden Verschränkung ökonomischer, sozialer, ökologischer und demokratischer Krisen. Sparpolitik untergräbt die öffentlichen Investitionen in den Umbau, während geopolitische Konkurrenz um Ressourcen, Technologien, Handelswege und Einflusszonen derzeit die Aufrüstung, Abschottung und den fossilen Rollback befördert. Die Militarisierung bindet öffentliche Mittel, Energie, Flächen und industrielle Kapazitäten, die für soziale Infrastruktur und ökologischen Umbau benötigt werden, und verschiebt politische Prioritäten von sozialer Sicherheit, Klimaschutz und globaler Umverteilung hin zu nationaler Konkurrenz und militärischer Handlungsfähigkeit.² Zugleich beruht die imperiale Produktions- und Lebensweise der globalen Zentren auf der fortgesetzten Aneignung von Ressourcen, Arbeitskraft und ökologischen Senken anderswo. Die soziale Frage ist deshalb im Kern international. Eine bloße „grüne“ Modernisierung, die diese Externalisierung fortschreibt, reicht nicht (wie dargelegt in Kapitel 1 und 2).

Die Auseinandersetzungen um die sozial-ökologische Transformation werden zudem in eine zunehmend multipolare Weltordnung eingebettet. USA, China, EU und andere Machtzentren konkurrieren um Märkte, Technologien, Rohstoffe, Lieferketten und politischen Einfluss. Für die Linke folgt daraus weder eine Verteidigung westlicher Machtpolitik noch eine Romantisierung autoritärer Gegenpole. Unser Maßstab sind globale Klimagerechtigkeit, demokratische Rechte, soziale Teilhabe, Frieden und die Überwindung neokolonialer Abhängigkeiten. Wir brauchen internationale Kooperation, Technologietransfer und globale Klimafinanzierung statt Blockkonfrontation und Konkurrenz um „grüne“ Weltmärkte.

Das deutsche Wirtschaftsmodell gerät zunehmend unter Druck: Die exportorientierte Industrie steht zwischen geopolitischer Konkurrenz, Energiefragen, Dekarbonisierung und dem Aufstieg neuer industrieller Zentren. Die Auseinandersetzung um die Transformation ist deshalb nicht nur eine Frage des Klimaschutzes, sondern auch eine Auseinandersetzung um die zukünftige Struktur von Industrie, Arbeit und gesellschaftlicher Wertschöpfung.

² Dabei ist die Unterscheidung zwischen öffentlichem Reichtum und Aufrüstung zentral: Investitionen in Wohnungen, Schienen, Energie- und Wärmenetze oder Klimaanpassung schaffen langfristige Werte für die Gesellschaft. Militärausgaben tun dies nicht. Sie binden gesellschaftliche Ressourcen in Waffen und militärische Kapazitäten, deren gesellschaftlicher Nutzen im besten Fall darin besteht, nie gebraucht zu werden.

Strategie heißt für uns deshalb nicht, ein fertiges Zielmodell zu verwalten, sondern unter den gegebenen Bedingungen Kräfteverhältnisse zu verändern. Die sozial-ökologische Transformation wird nicht hegemonial, weil sie ökologisch notwendig oder moralisch richtig ist. Sie setzt sich durch, wenn ein gesellschaftliches Bündnis stark genug wird, den Widerstand der fossilen Kapitalfraktionen und ihrer politischen Verbündeten zu brechen und zugleich der autoritären Rechten ihre soziale Basis entzieht.

Vier konkurrierende Hegemonieprojekte

Wir verstehen Hegemonie im Anschluss an Gramsci nicht als bloße Herrschaft durch Zwang. Hegemonial wird ein gesellschaftliches Projekt dann, wenn es seine partikularen Interessen so weit verallgemeinern kann, dass sie als allgemeines Interesse erscheinen und auch von den Beherrschten als sinnvoll, alternativlos oder im gemeinsamen Interesse akzeptiert werden. Hegemonie verbindet Konsens und Zwang. Sie beruht zugleich auf materiellen Verhältnissen und auf dem gesellschaftlichen Alltagsverstand: auf Eigentum, Produktion und Verteilung ebenso wie auf Ideen, Werten und Vorstellungen davon, was als möglich und vernünftig gilt.

Die Auseinandersetzung um Hegemonie findet deshalb nicht allein im Staat statt. Sie wird wesentlich in der Zivilgesellschaft ausgetragen: in Parteien, Gewerkschaften, Bewegungen, Verbänden, NGOs, Wissenschaft, Medien und im alltäglichen gesellschaftlichen Leben. Der Staat ist dabei kein neutrales Instrument, das nach einem Wahlsieg einfach übernommen werden könnte, sondern Ausdruck und Verdichtung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse. Ein hegemoniales Projekt muss deshalb einen dauerhaften gesellschaftlichen Block hervorbringen, der materielle Interessen, politische Macht und eine glaubwürdige gesellschaftliche Erzählung miteinander verbindet. Unsere Aufgabe ist nicht der perfekte politische Plan, sondern der Aufbau eines gegenhegemonialen Blocks.

Für die gegenwärtige Konstellation unterscheiden wir vier idealtypische Projekte: den grünen Kapitalismus, den olivgrünen Kapitalismus, die autoritär-fossile Stabilisierung und die sozial-ökologische Transformation. Sie sind keine geschlossenen Lager. Ihre Grenzen verlaufen quer durch Parteien, Gewerkschaften, Verbände und soziale Bewegungen und sind selbst Gegenstand politischer Auseinandersetzungen. Gerade deshalb geht es strategisch darum, um die Kräfte zu ringen, die zwischen diesen Projekten stehen und deren Positionen wir verändern können. Die Projekte wirken zudem über nationale Grenzen hinweg.

Um ihre Unterschiede sichtbar zu machen, verorten wir sie entlang zweier Achsen: erstens demokratisch oder autoritär – bezogen auf politische Teilhabe, Rechte und die Kontrolle über Wirtschaft und Staat; zweitens fossilistisch oder regenerativ – bezogen auf das Energie-, Industrie- und Stoffwechselregime sowie die erklärte politökonomische Zielsetzung. Beide Achsen bewerten Regulationsweisen und keine Akteure oder moralischen Qualitäten. Ein Projekt kann erneuerbare Technologien massiv ausbauen und zugleich autoritär, ausbeuterisch, militarisiert oder imperial organisiert sein.

Hegemonie-projekt	Demokratisch/autoritär	Fossilistisch/regenerativ	Strategischer Kern
1. Grüner Kapitalismus	überwiegend liberal-demokratisch, mit autoritären Zügen in Grenz- und Rohstoffpolitik	regenerativ-modernisierend, ohne Bruch mit Wachstums- und Profitlogik	grüne Akkumulation, Wettbewerb um Standorte
2. Olivgrüner Kapitalismus	autoritär-etatistisch, sicherheitspolitisch legitimiert	selektiv regenerativ, bei hohem Ressourcen- und Energieverbrauch	grüne Technik als Standort- und Sicherheitsprojekt
3. Autoritär-fossile Stabilisierung	autoritär, nationalistisch, rassistisch	fossilistisch, punktuell technologieoffen	Schutz fossiler Privilegien und Abschottung
4. Sozial-ökologische Transformation	radikaldemokratisch, solidarisch, internationalistisch	regenerativ, am Bedarf statt am Profit orientiert	demokratische Kontrolle über Eigentum und Produktion

Grüner Kapitalismus – ökologische Modernisierung

Der grüne Kapitalismus fasst Strategien zusammen, die versuchen, die ökologische Krise zu bearbeiten, ohne die kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnisse grundsätzlich anzutasten. Das grün-kapitalistische Versprechen lautet, Klimaschutz, Wirtschaftswachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätze miteinander zu versöhnen. Dafür wird auf Marktinstrumente wie Emissionshandel und CO₂-Bepreisung gesetzt, technologische Innovation und öffentliche Investitionen sollen private Investitionen mobilisieren und neue Renditemöglichkeiten eröffnen.

Die ökonomische Basis des Grünen Kapitalismus bilden aufsteigende grüne Kapitalfraktionen – die etwa in erneuerbare Energien, Elektromobilität und Umwelttechnik investieren. Umwelt-NGOs, ökologisch orientierte Milieus und Teile der Mittelschicht tragen zur gesellschaftlichen Legitimation dieses Projekts bei. In Deutschland wird er politisch insbesondere von großen Teilen der Grünen getragen; auch Teile von SPD und Union unterstützen entsprechende Modernisierungsschritte – wenn auch langsamer. Seine zentrale Schwäche liegt dort, wo die Kosten des Umbaus über Preise und individuelle Anpassung verteilt werden, ohne soziale Sicherheit und demokratische Mitsprache über die notwendigen Veränderungen zu gewährleisten. Der grüne Kapitalismus produziert damit Verlierer*innen des Umbaus, ohne ihnen eine überzeugende Antwort auf ihre soziale Unsicherheit zu geben. Genau diese soziale Leerstelle ist das Einfallstor des autoritär-fossilen Projekts.

International bleibt der grüne Kapitalismus imperialistisch. Der Verlust der politischen Führungsrolle des grünen Projekts stärkt dabei diejenigen, die den grünen Kapitalismus grundsätzlich delegitimieren und den fossilen Rollback vorantreiben. Für uns liegt darin eine strategische Chance: Wir müssen die soziale Leerstelle des grünen Kapitalismus besetzen, ohne seine ökologischen Errungenschaften preiszugeben.

Olivgrüner Kapitalismus – die Olivgrünung des grünen Projekts

Der olivgrüne³ Kapitalismus ist keine vollständig neue Formation, sondern die militarisierte und geopolitisch zugespitzte Auflösung des grünen Projekts. Unter dem Druck globaler Konkurrenz verbinden Teile grüner Kapitalfraktionen, EU-Institutionen, Sicherheitsapparate und Industrie den Ausbau grüner Technologien zunehmend mit Aufrüstung, wirtschaftlicher Abschottung, Rohstoffsicherung und europäischer Standortkonkurrenz. Elektrolyseure, Batterien, Netze, seltene Erden und KI gelten dann nicht mehr primär als Mittel des Klimaschutzes, sondern als strategische Ressourcen im Wettbewerb der Machtblöcke.

Damit verändert sich auch die politische Legitimation: Klimapolitik wird zunehmend als Sicherheitspolitik begründet, gleichzeitig aber von ihr konterkariert und der demokratischen Auseinandersetzung entzogen. Öffentliche Mittel fließen in Verteidigungshaushalte, Umwelt- und Beteiligungsrechte werden zugunsten strategischer Infrastrukturprojekte infrage gestellt und ökologische Politik mit Abschottung und Migrationskontrolle verbunden. Die ökologische Bilanz bleibt widersprüchlich: Der Ausbau erneuerbarer Technologien geht mit wachsendem Ressourcenverbrauch, Militarisierung und geopolitischer Konkurrenz einher.

Für die Linke folgt daraus zweierlei. Wir dürfen Kräfte, die weiterhin auf Regulierung, öffentliche Investitionen und internationale Kooperation setzen, nicht mit den Trägern der Olivgrünung gleichsetzen. Umgekehrt lässt sich das grüne Projekt nicht mehr unabhängig von Militarisierung und geopolitischer Konkurrenz kritisieren. Unsere Antwort ist eine sozial-ökologische Abrüstung: Öffentliche Mittel, industrielle Fähigkeiten und Beschäftigung gehören in Schienenfahrzeuge, Busse, Wärmepumpen, Netze, Speicher, medizinische Güter, soziale Infrastruktur und Klimaanpassung – nicht in eine Aufrüstungsspirale.

Autoritär-fossile Stabilisierung

Das autoritär-fossile Projekt ist der Versuch, die imperiale fossile Produktions- und Lebensweise gegen ihre ökologische und soziale Krise zu verteidigen. Getragen wird es insbesondere von der extremen Rechten und fossilen Kapitalfraktionen, die ihre Profite mit eben dieser Energieproduktion sichern wollen. Es reicht zugleich in konservative Milieus, in Deutschland in Teile der Union hinein. Wo gesellschaftliche Kräfte oder betriebliche Interessensvertretungen gegen Wärmepumpen, Verbrenner-Aus, Netzausbau oder andere notwendige Transformationsschritte mobilisieren, können auch sie zur Stabilisierung fossiler Interessen und zur Verschiebung des politischen Diskurs beitragen.

Die Stärke dieses Projekts liegt darin, dass es die reale soziale Unsicherheit aufgreift, die der grüne Kapitalismus hinterlässt, und sie in eine falsche Antwort übersetzt: Schutz vor

³ Der Begriff „olivgrün“ basiert auf dem Text ‚Olivgrüner Kapitalismus‘ von Thomas Sablowski in der luXemburg vom Mai 2026, wurde von uns aber analytisch erweitert.

steigenden Kosten wird zu Schutz vor „den anderen“, soziale Sicherheit zu nationaler Zugehörigkeit, Verteilungskonflikte zu Kulturkampf und ökologische Transformation zum Angriff auf eine vermeintlich bedrohte Lebensweise umgedeutet. Die extreme Rechte versucht damit, gerade diejenigen zu gewinnen, die vom grünen Kapitalismus enttäuscht oder durch den Umbau verunsichert sind.

Der fossile Backlash ist deshalb nicht einfach die Verteidigung des Status quo. Er ist ein eigenständiges Projekt autoritärer Stabilisierung, das soziale Unsicherheit nationalistisch und rassistisch bearbeitet und ökologische Konflikte zum Kulturkampf umdeutet. Die extreme Rechte treibt dieses Projekt voran; bürgerliche Kräfte können es verstärken, wenn sie Klimaschutz zurücknehmen, soziale Rechte abbauen und bestehende Privilegien gegen notwendige Veränderungen verteidigen. International wird dieses Projekt durch den globalen fossilen Rollback, autoritäre Regime und nationalistische Kräfte verstärkt. Die sozial-ökologische Transformation muss deshalb immer auch ein antifaschistisches Projekt sein. Sie muss der autoritären Antwort auf die ökologische und soziale Krise eine solidarische und demokratische Antwort entgegensetzen.

Sozial-ökologische Transformation

Unser Projekt ist der tiefgreifende, demokratische sozial-ökologische Umbau der Produktions- und Lebensweise, in dem Klimapolitik als Klassenpolitik verstanden wird. Es unterscheidet sich vom grünen Kapitalismus dadurch, dass es die Eigentums- und Machtfrage stellt, vom olivgrünen dadurch, dass es Sicherheit sozial und nicht militärisch begründet, und vom autoritär-fossilen Projekt dadurch, dass es soziale Sicherheit durch und nicht gegen Ökologie organisiert.

Unser Alleinstellungsmerkmal ist, dass wir nicht versuchen, den Kapitalismus lediglich grün zu modernisieren, sondern die Produktions- und Lebensweise selbst zu verändern. Im Zentrum steht eine Machtverschiebung: Weg von der Verfügungsgewalt des Kapitals über Investitionen, Arbeit und Naturverhältnisse, hin zu demokratischer Kontrolle – im Energiesektor als Energiedemokratie, in der Industrie als Wirtschaftsdemokratie mit Transformationsräten. Damit verbinden wir die sozial-ökologische Transformation der Linken mit dem gewerkschaftlichen Konzept der „just transition“, also mit Beschäftigungs- und Einkommenssicherheit. Anders als der grüne Kapitalismus setzen wir nicht auf „richtige Preise“ allein, sondern auf demokratische Planung, öffentliche Investitionen, veränderte Eigentumsformen und sozial-ökologische Regulierung.

Eine solche Veränderung wird nicht konfliktfrei sein. Wer grundlegend verändern will, muss nicht nur erklären, warum das Alte nicht mehr trägt, sondern glaubhaft machen, dass das Neue besser und möglich ist. Unsere Aufgabe besteht darin, materielle Sicherheit, demokratische Kontrolle und ökologische Notwendigkeit zu einem gesellschaftlichen Projekt zu verbinden, das über die bisherige soziale Basis der Linken hinausweist.

Dabei denken wir über Deutschland hinaus: Unser Projekt steht für eine internationalistische Alternative zur Konkurrenz um grüne Weltmärkte. Nicht der Markt und nicht die technologische Rettung von morgen entscheiden über die Zukunft – sondern die Frage, wer über Produktion, Eigentum und die gesellschaftliche Verwendung unseres gemeinsamen Reichtums entscheidet.

Strategische Richtung für das Grundsatzprogramm

Aus dieser Analyse folgt eine strategische Grundentscheidung: Wir gewinnen, indem wir Kräfteverhältnisse verändern - nicht als bessere Fachpolitik im vorhandenen Rahmen. Unsere systemische Machtquelle liegt in der Produktion und in den gesellschaftlichen Kämpfen um ihre Veränderung; unsere diskursive Chance liegt in der Verbindung von sozialer Sicherheit und Ökologie. Wir müssen die soziale Leerstelle des grünen Kapitalismus besetzen, dem autoritär-fossilen Projekt seine Massenbasis entziehen und zugleich eine glaubwürdige Perspektive über den Kapitalismus hinaus entwickeln. Die entscheidende Frage lautet deshalb nicht „Klimaschutz ja oder nein?“, sondern: „Auf wessen Kosten und in wessen Interesse wird umgebaut?“

Materielle Sicherheit zuerst

Transformation wird nur mehrheitsfähig, wenn sie im Alltag Sicherheit schafft statt zu bedrohen. Das bedeutet, Beschäftigungs- und Einkommensgarantien in der Industrie durchzusetzen, bezahlbare Mobilität und Wärme, gutes und bezahlbares Wohnen sowie den Ausbau kostenfreier öffentlicher Infrastruktur zu gestalten. Wir schaffen öffentlichen statt privaten Reichtum. Ökologie muss als soziales Aufstiegs- und Sicherheitsversprechen erfahrbar werden. Materielle Sicherheit umfasst dabei mehr als Einkommen und Industriearbeitsplätze. Sie bedeutet verlässliche öffentliche Daseinsvorsorge, Sorgezeit, gute Pflege und Gesundheit, Zugang zu Wasser, Bildung, Mobilität und Energie sowie Schutz vor Klimafolgen. Eine sozial-ökologische Politik, die die gesellschaftlich notwendige Reproduktionsarbeit nicht ins Zentrum stellt, reproduziert die geschlechtliche, rassistische und globale Arbeitsteilung, die sie überwinden will. Deshalb muss sozial-ökologische Transformation immer mit sozialer Absicherung, demokratischer Mitbestimmung und einer Infrastrukturpolitik einhergehen, die spürbar allen zugutekommt.

Die Eigentumsfrage funktional stellen

Vergesellschaftung ist kein Selbstzweck. Sie ist dort notwendig, wo private Profitinteressen den Umbau blockieren, Beschäftigte und Verbraucher*innen erpressbar sind oder gesellschaftlich notwendige Produktion und Versorgung dem Markt entzogen werden muss. Energie, Netze, Mobilität, Wohnen, Gesundheit, Grundstoffe und digitale Infrastruktur dürfen nicht danach organisiert werden, wo die höchste Rendite winkt.

Wer über Eigentum verfügt, entscheidet über Investitionen. Wer über Investitionen entscheidet, entscheidet über die Richtung der Transformation. Die Eigentumsfrage ist deshalb keine abstrakte Systemfrage, sondern eine konkrete Machtfrage des sozial-ökologischen Umbaus. Das gilt zunehmend für digitale Infrastruktur und KI. Wer Daten, Rechenzentren und Modelle kontrolliert, verfügt über zentrale Produktivkräfte der Zukunft. Linke Technologiepolitik muss deshalb danach fragen, wem diese Technologien gehören, wer über ihren Einsatz entscheidet und wem ihre Produktivitätsgewinne zugutekommen.

Sozial-ökologische Abrüstung

Öffentliche Mittel, industrielle Fähigkeiten und Fachkräfte gehören in zivile, demokratisch kontrollierte und klimaverträgliche Produktion statt in Rüstung und militärische Infrastruktur. Die Rüstungsindustrie darf nicht zum sozialpolitischen Ersatz für fehlende Industriepolitik

werden. Unsere Garantie gilt den Beschäftigten, nicht dem Produkt. Damit stellen wir dem olivgrünen Sicherheitsversprechen eine andere Vorstellung von Sicherheit entgegen: Sicherheit durch soziale Infrastruktur, öffentliche Daseinsvorsorge, internationale Kooperation und ökologische Stabilität statt durch Aufrüstung, Abschottung und Konkurrenz.

Transformationskonflikte in Betrieben und Regionen aufgreifen und gewinnen

Die Zustimmung zur Transformation wird nicht durch bessere Programmsätze gewonnen, sondern durch gewonnene Konflikte. Nicht abstrakter Systemwechsel, sondern konkrete Kämpfe um Standorte, Umbau statt Werksschließung, Mitbestimmung und demokratische Transformationsräte machen den Unterschied.

Dazu gehört auch die Frage der Arbeitszeit: Wenn Produktivität steigt und sich Produktion verändert, darf die Transformation nicht bedeuten, dass die einen ihre Arbeit verlieren und die anderen immer länger arbeiten. Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personal- ausgleich ist Teil einer gerechten Verteilung der Gewinne.

In diesen Konflikten kann verbindende Klassenerfahrung entstehen: Beschäftigte erleben den Umbau dann nicht als etwas, das über sie verhängt wird, sondern als etwas, das sie selbst mitgestalten und für das sie kämpfen können.

Realismus über Tempo und Wucht der Transformation

Wir müssen uns darauf einstellen, dass die nächsten Jahre auch von Niederlagen und einer weiteren Verschärfung der Kräfteverhältnisse geprägt sein können. Eine Linke, die ökologische Fragen aus Angst vor Konflikten vernachlässigt oder notwendige Veränderungen auf- schiebt, hat die Tragweite der planetaren Krise nicht verstanden: Die Welt steuert auf eine Klimaerhitzung von 2,5 Grad und mehr zu. Die katastrophalen Auswüchse des Klimawandels werden zunehmend Debatten und gesellschaftliche Kämpfe beeinflussen. Und auch wenn das Pariser 1,5 Grad Ziel nicht mehr zu erreichen ist und wir neben konsequentem Klima- schutz auch die Klimaanpassung forcieren müssen, lohnt es sich, um jedes Zehntel Grad zu kämpfen, damit die Folgen der Klimakrise nicht noch verheerender werden.

Ebenso falsch wäre es aber, gesellschaftliche Widersprüche und Ängste unter den Teppich zu kehren, die mit dem sozial-ökologischen Umbau einhergehen. Wir sind uns im Klaren dar- über, dass viele Menschen viel zu verlieren haben. An oberster Stelle die Herrschenden, die jeden noch so üblen Trick und faktenentleerte Propaganda auffahren werden, um die Welt zugunsten ihrer Interessen aufrecht zu erhalten. Dagegen müssen wir uns wappnen. Doch auch viele Facharbeiter*innen in gut bezahlten Industriebeschäftigungen zweifeln an der Sinnhaftigkeit eines sozial-ökologischen Umbaus. Zu oft wurde ihnen viel versprochen und wenig gehal- ten, zu oft Veränderungen auf ihrem Rücken ausgetragen, zu groß sind die Zweifel an einer sozial-gerechten Transformationspolitik.

Wir müssen deshalb beides können: in der Defensive organisieren und die Offensive vorbe- reiten. Der in der Programmdebatte diskutierte Prozess der Faschisierung wird nicht linear verlaufen. Gerade in seinen Brüchen und Krisen können Räume für emanzipatorische Politik entstehen. Unsere Aufgabe ist, diese Räume zu erkennen, gesellschaftlich zu organisieren und für konkrete Verbesserungen zu nutzen.

Die ökologische Notwendigkeit ist nicht verhandelbar. Wie sie politisch umgesetzt wird, ist es sehr wohl. Ob Klimaschutz, Artenvielfalt und die Einhaltung der planetaren Grenzen mit sozialer Sicherheit und demokratischer Beteiligung verbunden werden können, entscheidet wesentlich darüber, welches Hegemonieprojekt sich durchsetzt.

Gegenhegemonie konkret: Einstiegskonflikte, Akteure und Bündnisse

Wir brauchen konkrete Auseinandersetzungen, in denen sich unsere strategische Alternative zum (oliv-)grünen Kapitalismus und zum autoritär-fossilen Projekt praktisch bewährt.

Zentrale Einstiegskonflikte

- Energie in öffentlicher Hand: Netze, Preise und Wärme demokratisch und sozial organisieren.
- Umbau statt Werksschließung: Konversion, Beschäftigungsgarantien, Mitbestimmung und Arbeitszeitverkürzung.
- Mobilitätsgarantie statt Aufrüstung: Öffentliche Investitionen in Bahn, Busse und Infrastruktur statt Milliarden für militärische Konkurrenz.
- Solidarische Klimaanpassung: Wasser-, Hitze- und Katastrophenschutz als Felder kommunaler Auseinandersetzung.
- Reproduktion- und Sorgearbeit ins Zentrum: Umbau der Städte zu sorgenden und klimaresilienten Städten, bessere Entlohnung und Umverteilung von Sorgearbeit.

Diese Konflikte müssen so geführt werden, dass sie konkrete Verbesserungen bringen und zugleich Macht verschieben.

Die gesellschaftlichen Träger der Transformation

Die eigentlichen Akteure des Umbaus sind nicht wir als Partei allein. Es sind die gesellschaftlichen Kräfte, die den Konflikt tragen und zugleich potenzielle Träger*innen eines gegenhegemonialen Blocks sind: zum Beispiel Beschäftigte und ihre Gewerkschaften in Industrie, Energie, Verkehr, Landwirtschaft, Handel, Care-Work und Reproduktionsarbeit; die Klima-, Umwelt- und Klimagerechtigkeitsbewegungen; Mieten-, Sorge- und Wassergerechtigkeitsbewegungen; Antirassismus- und Friedensbewegungen; progressive NGOs, Verbände und Wissenschaft; Kommunen und öffentliche Institutionen sowie demokratisierte Betriebe.

Besonders entscheidend ist die Verbindung von Klima- und Arbeiter*innenbewegung. Ohne die Beschäftigten wird die Transformation nicht demokratisch und ohne die Klimabewegung nicht schnell und tiefgreifend genug. Die Linke muss Teil eines Kampfes sein, der diese Kräfte zusammenbringt. Sie versteht sich dabei als organisierender und verbindender Akteur, als Teil einer gesellschaftlichen Linken, nicht als stellvertretende Avantgarde.

Gegner und umkämpfte gesellschaftliche Mehrheiten

Unser struktureller Gegner sind die fossilen Kapitalfraktionen und jene Teile der energieintensiven Industrie, die ihre Profite gegen den Umbau verteidigen. Die extreme Rechte organisiert daraus ein politisches Projekt des autoritär-fossilen Backlash und versucht, soziale Unsicherheit nationalistisch und rassistisch umzulenken. Zugleich tragen bürgerliche Kräfte zur Verschiebung der Kräfteverhältnisse bei, wenn sie Klimaschutz abschwächen, fossile Privilegien verteidigen oder ökologische und soziale Konflikte in autoritäre Bahnen lenken.

Gleichzeitig dürfen wir diese Kräfte nicht zu einem einheitlichen Block zusammenschweißen. Gewerkschaften, Betriebsräte, Umweltverbände, Wissenschaft, kommunale Akteure und auch Parteien sind selbst umkämpfte Felder. In ihnen ringen fossilistische, (oliv-)grün-kapitalistische und solidarisch-transformatorische Positionen miteinander. Wo Gewerkschaften fossile Kapazitäten kurzfristig verteidigen, können sie faktisch im Sinne fossiler Kapitalinteressen handeln; wo sie „just transition“, Umbau und Beschäftigungssicherung durchsetzen, sind sie zentrale Verbündete unseres Projekts.

Genau darin liegt unsere strategische Chance: Gegenhegemoniale Politik heißt nicht nur, feste Verbündete zu sammeln. Sie bedeutet, um Mehrheiten in umkämpften gesellschaftlichen Feldern zu ringen und Kräfte aus dem Einzugsbereich konkurrierender Projekte herauszulösen.

Dabei muss Die Linke zweierlei leisten: Sie muss ihre eigene Basis und die Menschen, die für eine sozial-ökologische Transformation eintreten, halten und stärken. Zugleich muss sie um jene kämpfen, die durch die sozialen Folgen des Umbaus verunsichert sind und deren Interessen derzeit vielfach vom autoritär-fossilen Projekt angesprochen werden. Gerade in den Transformationsregionen zeigt sich, dass die objektiv erscheinende ökonomische Lage keineswegs automatisch zu sozial-ökologischem Bewusstsein führt. Entscheidend ist deshalb, soziale Sicherheit und ökologische Transformation praktisch miteinander zu verbinden: sichere Arbeitsplätze, gute Löhne, Arbeitszeitverkürzung und öffentlicher Reichtum müssen als Teil des sozial-ökologischen Umbaus erkämpft werden. So kann ein gemeinsames Interesse entstehen, das über die bereits überzeugten Milieus unserer Klasse hinausweist.

Abschluss: in die Offensive kommen

Den sozial-ökologischen Umbau im linken Sinne durchzusetzen heißt, in einer defensiven Lage in die Offensive zu kommen. Wir brauchen ein Bündnis aus Beschäftigten und Bewegungen, das materielle Sicherheit und ökologischen Umbau untrennbar verbindet, die Eigentumsfrage funktional und demokratisch stellt und dem autoritär-fossilen Projekt seine soziale Basis entzieht.

Gegen die Faschisierung setzen wir soziale Sicherheit und Demokratie. Gegen den grünen Kapitalismus setzen wir demokratische Kontrolle und Vergesellschaftung. Gegen die Olivgrünung setzen wir sozial-ökologische Abrüstung und internationale Kooperation. Gegen die fossile Produktions- und Lebensweise setzen wir den Entwurf einer demokratischen, solidarischen und ökologisch tragfähigen Gesellschaft.

Die sozial-ökologische Transformation ist deshalb eine Auseinandersetzung um gesellschaftliche Macht. Unser Ziel ist nicht weniger Wohlstand, sondern öffentlicher Reichtum statt privater Bereicherung; nicht Verzicht für die Mehrheit, sondern Begrenzung des Überkonsums an der Spitze; nicht technologische Innovation um ihrer selbst willen, sondern demokratisch kontrollierte Produktivkräfte im Dienst eines guten Lebens innerhalb planetarer Grenzen.

Das Grundsatzprogramm sollte diese Gegenhegemonie nicht nur beschreiben. Es sollte sie erzählbar machen und mit Leidenschaft füllen. **Wir organisieren die Hoffnung.**

6. Hintergrund: Organisation der Debattenphase und Beteiligung der Mitglieder

Mitglieder der Arbeitsgruppe: Die Arbeitsgruppe sozial-ökologische Transformation der Programmkommission wird von Nina Treu und Lukas Eitel geleitet und von Malte Fiedler aus dem Bereich Programmatik & Analyse der Bundesgeschäftsstelle inhaltlich und organisatorisch betreut. Weitere aktive Mitglieder der Arbeitsgruppe sind Bernd Riexinger, Cem Ince, Konstanze Kriese, Steffen Kühne, Violetta Bock, Katrin Mohr, Nicole Kleinheisterkamp-González sowie Lisa Pfitzmann.

Die AG hat im Rahmen von 16 regulären Sitzungen und zwei eintägigen Klausurtagungen die Debattenphase der Programmdebatte gestaltet. Dabei wurden organisatorische Fragen geklärt, inhaltliche Debatten geführt und Veranstaltungen vorbereitet. Ergänzend trifft sich die AG-Leitungsrunde mit Nina, Lukas und Malte einmal wöchentlich.

Debattenblöcke – was wir diskutiert haben

Den Auftakt bildete eine Bestandsaufnahme zentraler linker Debatten: zwischen Klimagerechtigkeit und der Angst vor dem Kollaps, zwischen Klassenpolitik und verengten Perspektiven auf den sozial-ökologischen Umbau sowie in der aktuellen Diskussion um Vergesellschaftung.

Die anschließende Debattenphase konzentrierte sich auf Widersprüche und Zielkonflikte innerhalb der sozial-ökologischen Transformation⁴: Degrowth, ein neues Wohlstandsmodell, solidarische Lebensweisen und nachhaltige Industriepolitik im Spannungsfeld, bestehende Industriearbeitsplätze zu schützen, sowie die Anforderungen an und die Rolle von Technologie für die sozial-ökologische Transformation zu formulieren.

Nicht ausführlicher Teil der Debattenphase waren einzelne Themen, die Teil der sozial-ökologischen Transformation oder eng mit sozial-ökologischen Fragestellungen verknüpft sind, wie zum Beispiel die sozial-ökologische Agrarwende, Bodenpolitik, das Mensch-Tier-Verhältnis, Biodiversität und Naturschutz sowie der Schutz der Meere und Gewässer. Auch zu diesen Themen benötigt das Grundsatzprogramm ein Update. Wir schlagen vor, dass der Entwurf eines neuen Programms dies berücksichtigt und auf Grundlage der aktuellen Wahlprogramme der Partei sowie der inhaltlich-strategischen Linien dieses Abschlussberichts die notwendige Überarbeitung gewährleistet.

Darüber hinaus sehen wir mehrere thematische Schnittstellen zwischen Fragen der sozial-ökologischen Transformation und Fragestellungen, die in anderen Arbeitsgruppen der Programmdebatte weiter diskutiert werden. So hat beispielsweise der fossile Rollback eine deutliche Schnittstelle zur Faschisierung. Die Frage „In welchem Kapitalismus leben wir, für welchen Sozialismus kämpfen wir?“ haben wir aus einer sozial-ökologischen Perspektive beantwortet – zugleich ist die Fragestellung umfassender, als wir sie in unserem Rahmen diskutieren und bearbeiten konnten.

Gleichzeitig haben wir diskutiert, dass die herrschende Produktions- und Lebensweise auf einer stetigen Externalisierung sozialer und ökologischer Schäden beruht. Auch der Ausbau „grüner“ Technologien unter kapitalistischen Bedingungen schafft neokoloniale Abhängigkeiten der Länder des Globalen Südens, während Konflikte um knapper werdende Ressourcen weltweit zunehmen. Die von uns skizzierten Hegemonieprojekte sind in eine multipolare Weltordnung eingebettet. Hier bestehen deutliche Schnittstellen zur AG Friedenssicherung,

⁴Siehe Themenplan der AG SET, S. 6: Themenplanung Debattenphase SET

zur Debatte über eine neue Blockkonfrontation und zu Fragen der europäischen Politik. Die europäische Dimension der sozial-ökologischen Transformation muss daher mitgedacht werden. Gleiches gilt für den Osten Deutschlands als Transformationsregion, für den konkreten Perspektiven auf den sozial-ökologischen Umbau entwickelt werden müssen. Darüber hinaus sehen wir in der Bau- und Wärmewende als Teil der sozial-ökologischen Transformation eine direkte Schnittstelle zum Schwerpunktthema der Linken – Wohnen und Miete. Hier besteht zugleich die Möglichkeit, Kampagnenaktive mit ihren Erfahrungen stärker in die Programmdebatte einzubeziehen. Die von uns geforderte Klimaresilienz kann zudem als Möglichkeit für eine geschlechtergerechte Neuordnung sozialer und gesundheitspolitischer Aufgaben verstanden werden. Darin liegt auch eine Chance, unser Narrativ als feministische Partei weiter zu schärfen.

Über die genannten Schnittstellen wollen wir mit den anderen AGs und den Programmkommissionen in einen produktiven Austausch treten und unser Programm gemeinsam weiterentwickeln.

Veranstaltungen und Beteiligung – wie wir diskutiert haben

Die Beteiligung der Mitgliedschaft war ein zentrales Anliegen der Arbeitsgruppe in der Debattephase. Insgesamt wurden sechs Online-Veranstaltungen in unterschiedlichen Formaten durchgeführt – vom zweistündigen Workshop bis zur eintägigen Konferenz. Hinzu kamen mehrere Debatten im Online-Forum Loomio.⁵

Darüber hinaus wurden Musterveranstaltungen für die Kreisverbände zu den verschiedenen Themenbereichen entwickelt, um die Programmdebatte auch vor Ort führen zu können.⁶ Die Organisation von Regionalkonferenzen wurde konzeptionell und beratend begleitet. Es folgt eine Übersicht, über die organisierten Veranstaltungen innerhalb der letzten sechs Monate.

Auftaktkonferenz, Samstag, 21. März 2026

Die eintägige Online-Konferenz fand von 10 bis 18 Uhr in einem Studiosetting statt. Alle Inputs der Referent*innen wurden live über Zoom gestreamt. In der Spitze nahmen rund 400 Personen teil, darunter etwa 20 Watchpartys. Die Diskussionen mit den Teilnehmenden fanden in Zoom-Breakout-Räumen statt; die Ergebnisse wurden mit dem Tool Padlet gesichert.

Die Rückmeldungen der Teilnehmenden zu Inhalt und Methode waren insgesamt sehr positiv. In der abschließenden Umfrage bewerteten rund 80 Prozent beides als gut oder sehr gut. Damit war die Konferenz ein sehr guter Auftakt für die Programmdebatte insgesamt.

- Zum Auftakt fand die Podiumsdiskussion **„Ökосоzialismus oder was? Wo wollen wir hin mit der Transformation?“** mit Bernd Riexinger (Die Linke), Katrin Mohr (IG Metall) und Matthias Schmelzer (Universität Flensburg) statt, moderiert von Violetta Bock (MdB, Die Linke).
- Im Workshop **„Grüne Technologien?! Zur Rolle von Technik im sozial-ökologischen Umbau“** diskutierten Andrea Vetter (BTU Cottbus) und Jörg Cezanne (MdB, Die Linke), moderiert von Malte Fiedler (KLH).
- Der Workshop **„Klimagerechte Klassenpolitik zwischen Degrowth und nachhaltiger Industriepolitik“** wurde von Nina Treu (Die Linke) und Hans Rackwitz (Universität Frankfurt) gestaltet und von Steffen Kühne (RLS, AG SET) moderiert.

⁵Detaillierte Informationen zu allen Veranstaltungen zum Themengebiet finden sich hier: Online-Debattencamp – Beiträge

⁶Eine Übersicht über alle Materialien für die Kreisverbände findet sich hier: Materialien für Kreisverbände

Eine Dokumentation der Auftaktkonferenz findet sich im Online-Debattencamp. Dort stehen hochwertige Videos aller Inputs sowie teilweise schriftliche Fassungen der Redebeiträge zur Verfügung: Online-Debattencamp – Sozial-ökologische Transformation

Online-Einführungsveranstaltung, Dienstag, 21. April 2026, 18–20 Uhr

Im Anschluss an die Auftaktkonferenz führte Malte Fiedler eine **Einführungsveranstaltung** zum Themenkomplex „**Sozial-ökologische Transformation**“ durch. Die Veranstaltung war bewusst niedrigschwellig angelegt und sollte insbesondere neuen Mitgliedern die bisherige Beschlusslage der Partei zum Themenkomplex vermitteln.

Es gab 200 Anmeldungen und rund 120 Teilnehmende einschließlich Watchpartys. Auf Grundlage des Inputs wurde eine kommentierte PowerPoint-Präsentation erstellt, die für Musterveranstaltungen in den Kreisverbänden genutzt werden kann.

Online-Veranstaltungen zum Umbau der Produktion Montag, 13. April 2026, 18–20 Uhr

Unter dem Titel „**Die Produktion ökologisch umbauen und demokratisieren I**“ diskutierten Janine Wissler (MdB, Die Linke, wirtschaftspolitische Sprecherin), Markus Wissen (Professor für Gesellschaftswissenschaften mit dem Schwerpunkt sozial-ökologische Transformationsprozesse an der HWR Berlin) und Thomas Fritz (Experte für nachhaltige Handelspolitik und Lieferketten bei der NGO PowerShift). Die Moderation übernahm Katrin Mohr (IG Metall, Mitglied der AG sozial-ökologische Transformation der Programmkommission).

Für die Veranstaltung gab es 140 Anmeldungen und rund 80 bis 90 Teilnehmende. Im Anschluss führte die AG eine Loomio-Diskussion durch: Loomio-Diskussion „Wie bauen wir die Produktion sozial und ökologisch gerecht um?“

Online-Veranstaltungen zum Umbau der Produktion Montag, 18. Mai 2026, 18–20 Uhr

Die zweite Veranstaltung stand unter dem Titel „**Die Produktion ökologisch umbauen und demokratisieren – Wie geht das konkret?**“. Es diskutierten Lena Fuhrmann (Betriebsrätin Salzgitter Flachstahl), Carsten Büchling (Betriebsratsvorsitzender VW Kassel) und Daniel Petersen (Betriebsratsvorsitzender der Vestas Deutschland GmbH). Moderiert wurde die Veranstaltung von Cem Ince (MdB, Die Linke).

Es gab 120 Anmeldungen und rund 60 bis 70 Teilnehmende, darunter viele mit gewerkschaftlichem Hintergrund. Im Anschluss wurde eine weitere Loomio-Diskussion durchgeführt: Loomio-Diskussion „Wie bauen wir die Produktion sozial und ökologisch gerecht um? – Teil 2“

Die Thesen aus den Loomio-Diskussionen wurden von der AG weiterentwickelt und sollen für ein weiteres Stimmungsbild erneut auf Loomio eingestellt werden.

Online-Veranstaltung „Solidarische Lebensweise“ Samstag, 6. Juni 2026, 10–14 Uhr

Im Zentrum der Veranstaltung stand die Podiumsdiskussion „**Wie sieht Wohlstand solidarisch und klimagerecht aus?**“ mit Ulrich Brand (Universität Wien), Alex Wischniewski (queer-feministische Programmkommission) und Malik Diao (Die Linke Ingolstadt). Nicole Kleinheisterkamp-González (AG SET) konnte krankheitsbedingt leider nicht teilnehmen. Moderiert wurde die Diskussion von Nina Treu (Die Linke Leipzig / AG SET). Plus drei Workshops:

■ **Workshop 1: Mobilitätswende**

Mit Franziska Riekewald (Vorsitzende der linken Stadtratsfraktion in Leipzig, Sprecherin für Mobilität) und Denis Petri (Co-Sprecher der LAG Mobilität und Verkehr, Die Linke Berlin, Mitorganisator des Volksentscheids Fahrrad in Berlin). Moderation: Malte Fiedler (KLH), da Lisa Pfitzmann (Die Linke Berlin / AG SET) krankheitsbedingt ausfiel.

■ **Workshop 2: Agrar- und Ernährungswende**

Mit Jan-Felix Thon (KoLa), Viktoria Gaul (AbL). Mod: Steffen Kühne (RLS / AG SET).

■ **Workshop 3: Bauwende**

Mit Judith Ottich (Architects for Future, Vertreter*in aus dem Bauwendebüro) und Elisabeth Staudt (Expertin für Wärmewende). Moderation: Lukas Eitel (Die Linke Erlangen / AG SET).

Insgesamt gab es 160 Anmeldungen und rund 100 Teilnehmende inklusive Watchpartys.

Online-Veranstaltung zur Linken High-Tech-Agenda 20. August 2026, 18–20.30 Uhr

Für eine linke Politik geht es nicht nur darum, *welche* Technologien wir brauchen, sondern auch darum, unter welchen gesellschaftlichen Bedingungen sie entwickelt und eingesetzt werden. Welche Herausforderungen und Gefahren bestehen? Und wie können technologische Innovationen dazu beitragen, die sozial-ökologische Transformation voranzubringen, gute Arbeit zu schaffen und demokratische Kontrolle statt neuer Abhängigkeiten von Konzernen zu ermöglichen?

- **Im ersten Teil** wurde diskutiert, welche **Technologien für Energiewende und Dekarbonisierung** notwendig sind und welche industrie- und wirtschaftspolitischen Weichen dafür gestellt werden müssen. Es diskutierten Uwe Witt (Rosa-Luxemburg-Stiftung) und der Politökonom Christian Christen.
- **Im zweiten Teil** ging es um **Künstliche Intelligenz, Rechenzentren und die digitale Infrastruktur der Zukunft**. Wie kann eine linke KI-Politik aussehen? Welche öffentliche Infrastruktur braucht eine demokratische Digitalisierung? Darüber sprachen Sonja Lemke, Bundestagsabgeordnete der Linken, und die Netzaktivistin Anke Domscheit-Berg.

Es gab insgesamt 230 Anmeldungen und rund 110 Teilnehmende inklusive Watchpartys.

Wie wir nach der Debattenphase weiterarbeiten wollen

September/Oktober:

- Diskussion und Überarbeitung des Abschlussberichts mit Programmkommission + PV
- Fortsetzung der Diskussion mit anderen AGs zu gemeinsamen Schnittstellen
- Fachgespräch (intern) zum Thema **Klimaanpassung**

November/Dezember:

- Diskussion des Abschlussberichts mit den Bundesarbeitsgemeinschaften und der Bundestagsfraktion
- Diskussion des Abschlussberichts mit Akteur*innen der Zivilgesellschaft